

Thüringen

Digitalisierung auf Kurs

[17.02.2026] Platz vier im Bundesvergleich, Vorreiter bei digitaler Souveränität und Open Source sowie klare Pläne für 2026 – was hinter den Zahlen steckt und wo Thüringen bewusst andere Wege geht, erläutert Landes-CIO Milen Starke im Interview.

Frau Digitalstaatssekretärin Starke, wie ist Thüringen derzeit im Bundesländervergleich im Bereich Verwaltungsdigitalisierung aufgestellt?

Im Dashboard Digitale Verwaltung nimmt Thüringen einen guten vierten Platz ein und steht in Ostdeutschland auf Platz 1. Die Platzierung misst sich an den 1.268 Verwaltungsleistungen, die bereits für Online-Dienste zur Verfügung stehen. Bei der digitalen Souveränität sind wir neben Schleswig-Holstein bundesweit Vorreiter. Unser modernes Cloud-Rechenzentrum wird bundesweit und selbst international als vorbildhaft gesehen.

Wo sehen Sie noch Verbesserungspotenziale?

Letztlich ist die Digitalisierung ein hoch dynamischer Prozess, und es gibt stets Verbesserungspotenzial. Eine Sonderauswertung des D21-Digitalindex zeigt, dass bei den digitalen Kompetenzen und der Akzeptanz digitaler Angebote in der Bevölkerung Nachholbedarf besteht. Mit der Einführung eines „Freiwilligen Sozialen Jahres digital“, Dialogformaten und einer fokussierten Kommunikationsarbeit wollen wir Vertrauen und Akzeptanz bei den Menschen erhöhen. Wirtschaftlich spüren wir die strukturellen Nachteile eines ländlich geprägten ostdeutschen Bundeslands. In Thüringen fehlt bislang ein umfangreiches Netzwerk großer IT-Firmen und Forschungseinrichtungen. Eine vielfältige Start-up-Landschaft wie in den großen Ballungsräumen hat sich bislang nicht etabliert. Das wollen wir ändern. Mit unserem 2025 gegründeten Digitalbeirat binden wir die Expertise der Thüringer IT-Wirtschaft in politische Entscheidungsprozesse ein. Mit dem neuen GovTech Campus Thüringen wollen wir Netzwerkstrukturen stärken.

Was tut das Land, um die digitale Souveränität zu stärken?

Der Einsatz quelloffener Software, patentfreier Standards und offener Schnittstellen ermöglicht die Interoperabilität verschiedener Softwareprodukte. So können einheitliche, effiziente IT-Lösungen für die Thüringer Landesverwaltung besser etabliert werden als durch ein Nebeneinander verschiedener Systeme. Der offene Ansatz erhöht unsere Freiheit bei der Nutzung von Fachanwendungen und Datenbanken bis zu digital souveränen Tools wie OpenDesk oder OpenTalk. Wir können diese selbstständig an den notwendigen funktionalen Bedarf anpassen und sind nicht mehr abhängig von den Angeboten externer Anbieter. Unsere unabhängige Thüringer VerwaltungscLOUD sichert uns hierbei die vollständige Datenkontrolle, stellt eine zentralisierte, leistungsfähige Technik bereit und bietet automatisierte Prozesse. Neben der digitalen Unabhängigkeit wollen wir mit der Thüringer VerwaltungscLOUD Steuermittel sparen und die lokale Wertschöpfung fördern, indem wir mit meist mittelständischen Unternehmen aus Thüringen und Deutschland kooperieren. Investitionen der öffentlichen Hand in freie Software schaffen Mehrwert für Verwaltung, Wirtschaft und Privatnutzer, da die Software samt Weiterentwicklungen frei nutzbar bleibt. So setzen wir auch bei Videokonferenzen und beim

Datenaustausch auf Open Source. Auf Basis von OpenDesk pilotieren wir aktuell einen digitalen Verwaltungsarbeitsplatz, der unter einer einheitlichen modularen Oberfläche mehrere etablierte Open-Source-Lösungen vereint. Uns geht es aber nicht darum, Open Source um jeden Preis zu etablieren – wir wollen sie dort einsetzen, wo es technisch möglich und finanziell sinnvoll ist.

„Mir ist es sehr wichtig, bei der Digitalisierung mit den Kommunen auf Augenhöhe zu kooperieren.“

Wo stehen Landesverwaltung und Kommunen beim Thema KI?

Thüringen ist gerade dabei, eine KI-Strategie zu verabschieden. Behördenübergreifend wurden Handlungsfelder und Ziele erarbeitet sowie ein Aktionsplan aufgestellt. Auch Rückmeldungen aus Wirtschaft und Gesellschaft wurden berücksichtigt. Im Februar soll die KI-Strategie im Digitalkabinett verabschiedet werden. Sie umfasst KI-Anwendungsfälle in der Verwaltung, eine zu etablierende Daten- und KI-Governance, Kompetenzaufbau zu KI- und Datenmanagement sowie optimierte Prozessverknüpfungen. In der Landesverwaltung testen wir F13 aus Baden-Württemberg als internes, unabhängiges KI-Textmodell auf Open-Source-Basis. 2026 wollen wir F13 optimieren und produktiv einführen. Darüber hinaus erproben wir in zwei Landkreisen sehr vielversprechend den Einsatz von KI zur Automatisierung von Verfahren mit der Bauverwaltung. Wir verwenden hierbei die Methode Law-as-Code, die auch in der Modernisierungsagenda des Bundes angestrebt wird. Trotz des KI-Hypes prüfen wir genau, bei welchen Verwaltungsprozessen der KI-Einsatz sinnvoll und machbar ist. KI ist kein Selbstzweck und wird nur dort eingesetzt, wo herkömmliche Automatisierung nicht ausreicht.

Digitaltaugliche Regelungsvorhaben sind ein wichtiger Baustein der Verwaltungsmodernisierung. Was tut Thüringen dafür?

Für die effiziente, bürgernahe Digitalisierung unserer Gesellschaft reicht es nicht, analog gedachte Gesetze zu digitalisieren. Gesetzliche Regelungen müssen bereits in ihrer Entstehung digitaltauglich formuliert werden, um sie zukunftsfähig zu machen. Eine Möglichkeit, diesen Prozess zu unterstützen, ist der Thüringer Praxis- und Digitalcheck. Der Check greift die fünf Prinzipien digitaltauglicher Gesetze auf. Diese umfassen die Fähigkeit zur digitalen Kommunikation und zur Automatisierung, wiederverwendbare Standards und Daten, Datenschutz und Informationssicherheit. Wir gehen weiter als der Bund, indem wir diese Prinzipien um Praxischecks und Prüffragen in der Gesetzgebung erweitern. Technisch setzen wir das als Low-Code-/No-Code-Plattform um. So wird bereits im Erstellungsprozess einer Norm sichergestellt, dass sie gut umsetzbar und digitaltauglich ist. Unser klares Ziel ist es, einen antragslosen Verwaltungsprozess zu realisieren.

Die Digitalstrategie Thüringens nimmt – neben Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern – die Kommunen als eine wichtige Zielgruppe in den Blick. Was ist hier vorgesehen?

Wir öffnen dieses Jahr die Thüringer Verwaltungscldoud für alle Kommunen im Freistaat, um die Kooperation bei der Digitalisierung zu vertiefen und gemeinsame Standards zu etablieren. Mir ist es sehr wichtig, mit der kommunalen Familie bei der Digitalisierung auf Augenhöhe zu kooperieren. In unserem Thüringen-Stack sind dann als Paket für die Landes- und Kommunalverwaltungen die standardisierte Infrastruktur, der Datenaustausch, das Projektmanagement und die Anwendungen zusammengefasst. So wollen wir der Verwaltungsdigitalisierung gemeinsam einen deutlichen Schub verleihen.

Welche Unterstützungsangebote macht der Freistaat seinen Kommunen beim wichtigen Thema der Cyber-Sicherheit?

Die Landesregierung hat die Gründung einer Cyber-Sicherheitsagentur vereinbart. Diese soll ein Ansprechpartner für Fragen zur Cyber-Sicherheit vorrangig für die kleinen und mittelständischen Unternehmen und Kommunen in Thüringen sein. Mit einem Warn- und Informationsdienst für die Kommunen wollen wir gezielte Orientierungshilfen beim Thema Cyber-Sicherheit geben, um auch hier einen einheitlichen Standard zu erreichen.

()

Dieser Beitrag ist in der Ausgabe Februar 2026 von Kommune21 im Schwerpunkt Thüringen erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren.

Stichwörter: Politik, Milen Starke, Thüringen